



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

KammerInfo

Aktuelles aus Berlin:

[Bundeseinheitliches Fortbildungszertifikat](#)

[Gesetzesvorschlag der BRAK zur Realteilung](#)

[Gesetz zur Stärkung der Selbstverwaltung der Rechtsanwaltschaft](#)

[BRAK-Stellungnahme zum Gesetz zur](#)

[Vereinheitlichung der Aufsicht in](#)

[Insolvenzverfahren](#)

[2. Justizmodernisierungsgesetz](#)

[Jahressteuergesetz 2007](#)

[BFH- Entscheidung zur 1 %-Regelung](#)

[BGH- Beschluss zur eingescannten](#)

[Unterschrift beim Fax](#)

[Online-Durchsuchung](#)

[Vereinheitlichung des Rechts der Tele- und Mediendienste](#)

[ERV – Ausweitung der elektronischen](#)

[Gerichtsbriefkästen in der Hessischen Justiz](#)

[Härtere Strafen für Verkehrsvergehen](#)

[Verdienststatistikgesetz](#)

[DAI](#)

Ausgabe Nr. 1/2007 v. 18.01.2007

Aktuelles aus Berlin:

Bundeseinheitliches Fortbildungszertifikat

Die Bundesrechtsanwaltskammer bietet Rechtsanwälten die Möglichkeit, mit einer Bestätigung ihrer Fortbildungsmaßnahmen zu werben. Für den Nachweis regelmäßiger Fortbildung über den Zeitraum von drei Jahren kann das [Fortbildungszertifikat](#) „Qualität durch Fortbildung“ erworben werden. Informationen zu den [Voraussetzungen](#) und zur Antragstellung ([Antragsformular](#)) des Zertifikats finden Sie im „[Merkblatt](#)“ und den „[FAQs](#)“. Lesen Sie hierzu auch die [BRAK-Presseerklärung Nr. 34 v. 27.12.2006](#).

Gesetzesvorschlag der BRAK zur Realteilung

Die BRAK hat mit [Schreiben des Präsidenten der BRAK an den Vorsitzenden des Finanzausschusses vom 30.11.2006](#) eine zweite ergänzende Stellungnahme zum [BMF-Erlass zur Realteilung vom 28.02.2006](#) abgegeben. Darin schlägt die BRAK u.a. vor, dass in § 18 Abs. 3 EStG für die freien Berufe eine Ausnahmeregelung zu § 16 Abs. 3 Satz 2 EStG aufgenommen wird, nach der bei der Realteilung einer freiberuflichen Mitunternehmerschaft die steuerlichen Buchwerte übernommener Wirtschaftsgüter fortgeführt werden können, wenn die Wirtschaftsgüter bei Fortsetzung der beruflichen Tätigkeit auf den Steuerpflichtigen oder Mitunternehmerschaften, in denen der Steuerpflichtige tätig ist, übertragen werden. Voraussetzung ist, dass die Besteuerung der stillen Reserven sichergestellt ist. Wir berichteten zu diesem Thema in KammerInfo [16/2006](#).

Gesetz zur Stärkung der Selbstverwaltung der Rechtsanwaltschaft

Der Bundestag hat am 14.12.2006 in 2. und 3. Lesung ohne Aussprache das Gesetz zur Stärkung der Selbstverwaltung der Rechtsanwaltschaft in der Fassung des Rechtsausschusses ([BT-Drucks. 16/3837](#)) einstimmig beschlossen. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich am 16.02.2007 mit diesem Gesetz befassen. Da das Gesetz nach Art. 8 am

ersten Tag des dritten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft treten wird, ist der 01.05.2007 der frühestmögliche Zeitpunkt. Lesen Sie hierzu auch die [BRAK-
Pressemitteilung-Nr. 32 v. 15.12.2006](#) und KammerInfo [1/2006](#) sowie [8](#) und [3/2005](#).

BRAK-Stellungnahme zum Gesetz zur Vereinheitlichung der Aufsicht in Insolvenzverfahren

Die BRAK hat eine Stellungnahme ([Nr. 40/2006](#)) zum [Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung der Aufsicht in Insolvenzverfahren](#) sowie der [Ergänzung](#) hierzu abgegeben. Die mit dem Entwurf angestrebte Vereinheitlichung von Formalien im Insolvenzverfahren wird darin begrüßt. Dagegen werden die vorgeschlagenen Kontrollen abgelehnt, weil das Insolvenzgericht und der zuständige Rechtspfleger – bereits nach geltender Rechtslage – alle Möglichkeiten haben, um das Verfahren zu prüfen und zu überwachen. Diese jetzt bereits bestehenden Kontrollmöglichkeiten müssten voll ausgeschöpft werden.

2. Justizmodernisierungsgesetz

Das 2. Justizmodernisierungsgesetz ist am 30.12.2006 ([BGBl. I, S. 3416ff.](#)) veröffentlicht worden und am 31.12.2006 in Kraft getreten. Einen Überblick über die wichtigsten Änderungen finden Sie [hier](#). Lesen Sie hierzu auch KammerInfo [24/2006](#)

Jahressteuergesetz 2007

Das Jahressteuergesetz 2007 (JStG 2007) ist am 13.12.2006 im [Bundesgesetzblatt I, S. 2878 ff.](#) verkündet worden. Zu den Kosten der Erteilung verbindlicher Auskünfte nach § 89 Abs. 3 - 5 AO i.d.F. des JStG 2007 hat das Bundesfinanzministerium mit [BMF-Schreiben v. 08.12.2006 \(IV A 4 – S 0224 – 12/06\)](#) Stellung genommen. Lesen Sie zu diesem Thema auch KammerInfo [23](#), [22](#), [21](#) und [20/2006](#).

BFH- Entscheidung zur 1 %-Regelung

In seiner Entscheidung v. 07.11.2006 ([VI R 95/04](#)) stellt der BFH klar, dass die Bewertung des geldwerten Vorteils wegen der Nutzung eines Dienstwagens für private Zwecke gemäß § 8 Abs. 2 Satz 2 ff. EStG nur in Form der 1 %-Regelung oder des Einzelnachweises mit Fahrtenbuch möglich ist. Die zwingende Anwendung dieser Bewertungsregelung kann nicht durch die Zahlung eines Nutzungsentgelts für die private Nutzung vermieden werden, selbst wenn dieses Nutzungsentgelt angemessen ist. Lesen Sie auch die [BFH-Pressemitteilung 1/07 v. 10.01.2007](#).

BGH- Beschluss zur eingescannten Unterschrift beim Fax

Der BGH hat mit [Beschluss v. 10.10.2006 \(XI ZB 40/05\)](#) entschieden, dass die eingescannte Unterschrift des Prozessbevollmächtigten in einem bestimmenden Schriftsatz nicht den Formerfordernissen des § 130 Nr. 6 ZPO genügt, wenn der Schriftsatz mit Hilfe eines normalen Faxgerätes und nicht unmittelbar aus dem Computer versandt worden ist.

Online-Durchsuchung

Die Bundesregierung erklärte in ihren Antworten ([BT-Drs. 16/3972](#)) und ([BT-Drs. 16/3973](#)) auf die Kleinen Anfragen der FDP ([BT-Drs. 16/3883](#)) und der Linksfraktion ([BT-Drs. 16/3787](#)), dass die Rechtmäßigkeit von Online-Durchsuchungen auf PC ohne Unterrichtung des Besitzers noch ungeklärt sei. Der BGH prüfe derzeit diese Frage und die Regierung selbst werde bis zu der Entscheidung des BGH keine Stellungnahme abgeben.

Vereinheitlichung des Rechts der Tele- und Mediendienste

Der Bundestag hat am 18.01.2007 den Gesetzentwurf zur Vereinheitlichung von

Vorschriften über bestimmte elektronische Informations- und Kommunikationsdienste ([Elektronischer-Geschäftsverkehr-Vereinheitlichungsgesetz – EIGVG-](#)) in 3. Lesung verabschiedet. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hatte zuvor am 17.01.2007 dem Gesetzentwurf der Bundesregierung in der Fassung der Gegenäußerung der Bundesregierung ([BT-Drs. 16/3135](#)) zur Stellungnahme des Bundesrates (Anlage 2 zu [BT-Drs. 16/3078](#)) zugestimmt. Lesen Sie auch KammerInfo [21/2006](#).

ERV – Ausweitung der elektronischen Gerichtsbriefkästen in der Hessischen Justiz

Das Hessische Ministerium der Justiz hat [Informationen zur Erweiterung des elektronischen Zugangs zu Gerichten und Staatsanwaltschaften](#) veröffentlicht. Neben den in der Stadt Frankfurt/M. ansässigen Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie dem Amtsgericht Kassel, dem Landgericht Kassel und der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Kassel können elektronische Dokumente seit dem 30.11.2006 rechtswirksam auch bei den anderen Amtsgerichten eingereicht werden. Weitergehende Informationen sowie auch die Möglichkeit, die Software per Download kostenfrei zu erwerben, finden Sie unter [www.egvp.de](#). Weitere Informationen zum elektronischen Rechtsverkehr (ERV) von Bund und Ländern finden Sie [hier](#).

Härtere Strafen für Verkehrsvergehen

In ihrer Antwort ([BT-Drs. 16/3928](#)) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion ([BT-Drs. 16/3681](#)) erklärt die Bundesregierung, dass sie beabsichtigt, härtere Strafen für Verkehrsvergehen einzuführen. Es heißt, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten überarbeitet und eine differenzierte Anhebung der Geldbußen vorgenommen werden sollen.

Verdienststatistikgesetz

Das Gesetz über die Statistik der Verdienste und Arbeitskosten vom 21.12.2006 ist am 27.12.2006 im [BGBl.2006, S. 3291](#) verkündet worden. Es trat am 01.01.2007 in Kraft. Gleichzeitig trat das Gesetz über die Lohnstatistik vom 03.04.1996 außer Kraft. Mit dem Verdienststatistikgesetz wird die vierteljährliche Erhebung der Arbeitsverdienste nach Wirtschaftszweig, angewandten Vergütungsvereinbarungen, Zahl der Beschäftigten des Betriebes, Zahl der Arbeitsstunden und Summe der Bruttoverdienste, untergliedert nach Verdienstbestandteilen, geregelt. Von der Erhebung sind auch Rechtsanwaltskanzleien erfasst. Es besteht Auskunftspflicht nach § 8 des Gesetzes. Allerdings wird die vierteljährliche Erhebung bei höchstens 40.500 Betrieben durchgeführt, die vierjährige Erhebung bei höchstens 34.000 Betrieben, sodass nicht davon auszugehen ist, dass erhebliche Statistikpflichten auf Kanzleien zukommen werden.

DAI

Das Deutsche Anwaltsinstitut (DAI) präsentiert die „6. Insolvenzrechtliche Jahresarbeitstagung“ am 26. und 27.01.2007 in Köln. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Impressum

[Bundesrechtsanwaltskammer](#), Büro Berlin, Littenstraße 9, 10179 Berlin, Tel: 030/ 28 49 39 – 0 , Fax: 030/ 28 49 39 – 11, E-Mail: [zentrale@brak.de](#)

Redaktion und Bearbeitung: RAin Friederike Lummel; RA Stephan Göcken, Frauke Karlstedt
© [Bundesrechtsanwaltskammer](#)

Der Newsletter ist im Internet unter [www.BRAK.de](#) abrufbar.

Wenn Sie diesen Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie bitte eine E-Mail an [karlstedt@brak.de](#).